Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Nord-Stream-Anschläge: Wer ist der Enthüller Seymour Hersh?
2. Ukraine-Konflikt offenbart: Deutschland ist umringt von Feinden
3. Die Entsendung deutscher Leopard-Panzer weckt Erinnerungen an Hitlers Panzerschlachten
4. Selenskyj in Brüssel: Ein Kampf für Freiheit und Demokratie
5. Sanktionen gegen Nothilfe
6. Blackout bei der Aktienrente – Hallo Journalisten, lebt ihr noch?
7. Berater warnen Habeck vor riskanten "Klimaschutzverträgen"
8. China lehnt Gespräch mit den USA über den US-Angriff auf chinesisches ziviles Luftschiff ab
9. VOA: Vier US-Städte gefährlicher für Jugendliche als Kriegsgebiete
10. Kriegslügen entlarvt, aber ungestraft
11. Bundeswehr hat Schwierigkeiten, Personal zu finden: Immer mehr Minderjährige
12. mRNA-Wirkstoff in Muttermilch: Bedenklich oder Förderung "wirksamer Antikörper gegen Corona"?
13. Rückzug von Bayer-Chef wegen Glyphosat: Milde Strafe für Totalversagen
14. Größte Arbeitsniederlegung in der Geschichte des britischen Gesundheitsdienstes: So lange, wie es nötig ist
15. Sparpreis für 123 Euro? Keine ICE-Fahrt bei der Bahn darf teurer sein als eine Autofahrt

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Nord-Stream-Anschläge: Wer ist der Enthüller Seymour Hersh?**

Die Enthüllung, wonach die US-Regierung hinter den Anschlägen auf Nord Stream 2 stecken soll, hat eine Sondersitzung des Bundestags ausgelöst.
Der US-Journalist Seymour Hersh hat auf Substack eine Recherche veröffentlicht, in der Hersh berichtet, dass US-Marinetaucher für die Explosionen an den Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee verantwortlich gewesen sein sollen. Er berichtet, dass die Operation von den US-Stützpunkten Ryyge und Sola in Norwegen ausgeführt worden sein soll. Die US-Einheiten sollen von Norwegen unterstützt worden sein und die Sprengung über den Einsatz eines P8-Aufklärungsfluges ausgelöst haben. Dänemark und Schweden sollen laut Hersh informiert gewesen sein. Auch US-Präsident Joe Biden soll im Bilde gewesen sein und auf einer Fernzündung bestanden haben. Ob Bundeskanzler Olaf Scholz von der mutmaßlichen Operation Kenntnis hatte, geht aus dem Bericht nicht hervor. Offizielle Stellen in den USA dementierten den Bericht. Hersh schreibt: „Um einen Kommentar gebeten, sagte Adrienne Watson, eine Sprecherin des Weißen Hauses, in einer E-Mail: ‚Das ist eine falsche und vollständige Fiktion.' Tammy Thorp, eine Sprecherin der Central Intelligence Agency, schrieb in ähnlicher Weise: ‚Diese Behauptung ist vollkommen falsch.'"
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unseres Lesers T.K.: *Auch hier recht dürftige "Widerlegungen" von Hershs Bericht, indem man die mutmaßlichen Täter sich reinwaschen lässt.*

dazu: **Cui bono: Wer profitiert von Seymour Hershs Enthüllung zu den Nord-Stream-Anschlägen?**
Der Investigativjournalist Seymour Hersh schildert mit hoher Plausibilität, aber basierend auf nur einer anonymen Quelle, wie die USA die Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines planten und ausführten. Einem Mann dürfte dieser Text helfen […] Hersh also misstrauen? Kann man machen. Interessanter aber ist, auf Basis der evidenten Plausibilität seiner Schilderung, sich auf die Frage einzulassen, wie sie Freitag-Autor Wolfgang Michal gestellt hat: Wer kann ein Motiv haben, Hersh zum jetzigen Zeitpunkt mit derartigen Informationen zu versorgen? Wer profitiert von deren Veröffentlichungen jetzt?
Eine mögliche Antwort darauf mag finden, wer den Text Hershs bis zum Ende liest, wo es aus dem Munde der anonymen Quelle heißt: „‚Well', he said, speaking of the President, ‚I gotta admit the guy has a pair of balls. He said he was going to do it, and he did.'" Auf Deutsch: Wow, Joe Biden hat „Eier". Er hat gesagt, er tut es. Er hat es getan. Ein Mann, ein Wort.
Make America Great Again
Und tatsächlich dürfte Seymour Hershs Recherche wohl kaum jemandem weniger

schaden als dem 80-jährigen US-amerikanischen Präsidenten, in dessen Demokratischer Partei weit und breit niemand in Sicht ist, der ihn bei den schon im kommenden Jahr anstehenden Präsidentschaftswahlen als Kandidatin mit guten Siegchancen nachfolgen könnte.
Biden, den viele als Tattergreis verlachen. Biden, der mit den Waffenlieferungen an die Ukraine Freiheit und Demokratie ebenso verteidigt wie die Interessen der Lobbyisten und Arbeiter der US-Rüstungsindustrie. Zu dessen Regierung Wirtschaftsminister aus Deutschland und Frankreich pilgern, um darum zu betteln, sein Inflation Reduction Act möge im Sinne von „Make America Great Again“ die Interessen der US-Wirtschaft wie einer grünen Ökonomie nicht gar so hemmungslos bedienen und damit dem Standort Europa zusetzen. Biden, der in den USA gerade für einen meisterhaften Moment bei seiner Rede zur Lage der Nation gepriesen wird, in dem er die Republikaner zu einem Bekenntnis zu Krankenversicherung und sozialer Absicherung nötigte. Biden, der im nächsten Wahlkampf wohl nicht zögern dürfte, auf mutmaßliches Republikanisches Paktieren mit Russland und dessen Interessen an einer Beeinflussung der US-Wahlen hinzuweisen. Biden, der selbst nicht zögert, Pipelines dieses kriegführenden Landes in die Luft sprengen zu lassen. Joe Biden, der „Eier hat“. Hoffentlich nicht solche, als dass er es auf einen neuen Weltkrieg wird ankommen lassen.
Quelle: der Freitag

dazu auch: **Tatort Ostsee (II)**
Der US-Journalist Seymour Hersh schreibt den Anschlag auf die Nord Stream-Pipelines den Vereinigten Staaten in Kooperation mit Norwegen zu. Wie Hersh in einer aktuellen Recherche unter Berufung auf eine Quelle „mit direkter Kenntnis von der Operationsplanung“ berichtet, begann die US-Administration bereits Ende 2021, die Zerstörung der politisch unerwünschten Pipelines zu planen. Realisiert wurde der Anschlag demnach mit Hilfe der norwegischen Marine, die bei der Auswahl des Tatorts wie auch beim Anbringen der Sprengsätze an den Pipelines behilflich war. Letzteres, so schreibt Hersh, wurde im Juni 2022 während des alljährlich durchgeführten BALTOPS-Marinemanövers vollzogen. Hersh ist für seine investigativen Recherchen bekannt, seit er im Jahr 1969 gegen starke Widerstände das Massaker von My Lai öffentlich machte, bei dem US-Militärs mehr als 500 vietnamesische Zivilisten ermordeten. Deutsche Leitmedien befassen sich vorwiegend damit, Hersh unter Berufung auf Bundeswehr-Experten angebliche „Ungereimtheiten“ vorzuwerfen sowie die banale Behauptung der US-Administration zu rechtfertigen, sie habe mit dem Anschlag nichts zu tun.
Quelle: German Foreign Policy

2. **Ukraine-Konflikt offenbart: Deutschland ist umringt von Feinden**
   Man will es in Deutschland nicht wahrhaben und schweigt daher zu den Fakten. Dadurch verschwinden sie jedoch nicht. Alles deutet darauf hin, dass der Ukraine-Konflikt von den Bündnispartnern Deutschlands zu dessen Schwächung benutzt wird. Das umfassende Schweigen der deutschen Medien angesichts der Enthüllung von Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh liegt vermutlich auch daran, weil die Schlüsse, die daraus gezogen werden müssten, für Deutschland bitter sind. Deutschland ist im westlichen Bündnis isoliert, man trachtet danach, dem Land zu schaden, und nutzt dazu den Ukraine-Konflikt. Die Indizien, mit der sich diese These untermauern lässt, sind offenbar, werden immer zahlreicher und lassen sich nicht leugnen.
   Hersh publizierte am 8. Februar einen Artikel, in dem er nachweist, dass die USA unter Beteiligung Norwegens die Röhren der Nord-Stream-Pipeline gesprengt haben. Das Schweigen der deutschen Medien und der deutschen Politik dazu ist beredt. Man befindet sich offenbar im Modus einer realitätsverweigernden Schockstarre angesichts der Brisanz der Offenlegungen und der sich aufdrängenden Schlussfolgerungen. Die dpa reagiert auf Hershs Enthüllung nur indirekt, indem sie über eine Reaktion Moskaus darauf berichtet. Andere deutsche Medien liefern unmittelbar die Reaktion des Weißen Hauses, das – kaum verwunderlich – jede Beteiligung am Anschlag abstreitet. Vermutlich ein Akt der Selbstberuhigung in transatlantisch ausgerichteten deutschen Redaktionsstuben.
   Dabei passt das, was Hersh aufgedeckt hat, wie ein Puzzleteil in ein größeres Bild, das zeigt, dass die Bündnispartner Deutschlands dem Land keinesfalls wohlgesonnen sind.
   Quelle: RT DE
3. **Die Entsendung deutscher Leopard-Panzer weckt Erinnerungen an Hitlers Panzerschlachten**
   Zeitgeschehen im Fokus: Die deutsche Aussenministerin Baerbock hat am 24. Januar eine Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strasbourg gehalten. Dort hat sie sich höchst problematisch geäussert. Können Sie kurz darüber berichten?
   Bundestagsabgeordneter Andrej Hunko: Die deutsche Aussenministerin hielt diese besagte Rede. Eigentlich ging es dabei um den vierten Gipfel des Europarats. Es gab bisher nur drei Gipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs. Im Mai wird ein Gipfel in Reykjavik anvisiert. Es ging aber auch um den Ukraine-Krieg. Am Ende dieser Reden gibt es immer die Möglichkeit für die Abgeordneten, Fragen zu stellen. Dort fragte sie ein britischer Abgeordneter nach den Leopard-Panzerlieferungen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht freigegeben worden waren. Dafür hatte er sie scharf kritisiert. Darauf antwortete sie: «Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland und nicht gegeneinander.» Das ist schon eine sehr ungeheuerliche Aussage für eine

Aussenministerin, weil sie impliziert, dass sich die Länder des Europarats, damit auch Deutschland, formal im Krieg gegen Russland befinden.
Wie ist das zu bewerten?
Es ist de facto eine Kriegserklärung, vielleicht aus Versehen, aber vielleicht auch nicht. Vielleicht war es auch nicht bewusst, aber es entspricht wohl ihrem Denken. Das Auswärtige Amt musste zurückrudern, der deutsche Botschafter in Moskau wurde einbestellt. Ein Faux Pas erster Ordnung! Wenn es einen Rücktrittsgrund vom obersten diplomatischen Job eines Landes gibt, dann sicherlich so eine missverständliche Kriegserklärung. Das Ganze reiht sich ein in Aussagen, die nur noch peinlich sind. Wenn Annalena Baerbock nicht von ihrem Skript abliest, kommt oft Wirres über ihre Lippen. Ich erinnere nur an die «Panzerschlachten des 19. Jahrhunderts», an die Länder, die «Hunderttausende von Kilometern entfernt sind» oder die «deutsche Kolonialgeschichte in Nigeria». Das alles hat mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun. Aber bei dieser Aussage im Europarat kommt neben der Peinlichkeit noch eine gefährliche Komponente hinzu. Mit Kriegserklärungen spielt man nicht. Man wünscht sich einen Aussenminister oder eine Aussenministerin, die erst denken, bevor sie etwas sagen.
Quelle: Zeitgeschehen im Fokus

dazu auch: **Der deutsche Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion 1941 – 1945**
Bis heute sind die traumatischen Ereignisse, auch wenn sie 80 Jahre zurückliegen, nicht vergessen. Der «Grosse Vaterländische Krieg», wie er in Russland bis heute genannt wird, ist im russischen Bewusstsein verständlicherweise immer noch präsent. Wenn jetzt die Bundesregierung deutsche Leopard-Kampfpanzer an die Ukraine liefert, ohne darüber nachzudenken, was das in der russischen Bevölkerung auslöst, dann zeigt das die Unfähigkeit einer Regierung, die keine eigenständige Politik betreibt, sondern nach der Pfeife der USA tanzt und sich von den Medien treiben lässt.
Quelle: Zeitgeschehen im Fokus

4. **Selenskyj in Brüssel: Ein Kampf für Freiheit und Demokratie**
In Brüssel beschwört der ukrainische Präsident Selenskyj den Kampf gegen die "größte anti-europäische Macht". Er fordert mehr Waffen und sucht die Annäherung an die EU. Doch die Reaktionen machen klar: Der Weg zum Beitritt ist für die Ukraine noch lang. […]
Schon in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament ließ Selenskyj keinen Zweifel daran, worum es aus seiner Sicht bei diesem Krieg geht: nämlich um einen Kampf gegen die größte anti-europäische Macht der Moderne, die auf die Zerstörung der, wie

er es formulierte, “ukrainisch-europäischen Lebensweise” setze. Dagegen kämpften die Ukrainer auf dem Schlachtfeld gemeinsam mit den Menschen in Europa – ein historischer Kampf. Selenskyj sprach in dem Zusammenhang auch von einem totalen Krieg.
Quelle: tagesschau

Anmerkung André Tautenhahn: *Was für eine Sprache und dafür gibt es dann auch noch stehenden Applaus und Umarmungen.*

5. **Sanktionen gegen Nothilfe**
Hilfsorganisationen fordern Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Syrien, weil sie die Erdbeben-Nothilfe blockieren. Sanktionen tragen seit Jahren massiv zum Hunger in Syrien bei
Die Sanktionen der EU und der USA gegen Syrien träfen schon »seit Jahren die Bevölkerung schwer«, erklärt der Generalsekretär des Middle East Council of Churches (MECC); ihretwegen komme nun aber auch noch die kirchliche Erdbebenhilfe nicht in Syrien an. Der Leiter des syrischen Roten Halbmonds berichtet, sanktionsbedingter Treibstoffmangel verhindere, daß genug Hilfskonvois in das syrische Erdbebengebiet aufbrechen könnten. Die Sanktionen werden bereits seit Jahren von Hilfsorganisationen wie der Caritas scharf kritisiert, weil sie Armut und Hunger im Land eskalieren lassen. (…)
Die syrische Regierung in Damaskus besteht darauf, Hilfstransporte für Idlib über ihr Territorium abzuwickeln, und wird dabei von Rußland unterstützt, das im UNO-Sicherheitsrat nur noch Lieferungen über einen einzigen Grenzübergang aus der Türkei direkt nach Idlib zustimmt, den Übergang Bab al Hawa. Der Westen wiederum, der die erneute Öffnung der Grenzübergänge erzwingen will, um Syriens Souveränität zu schwächen, stellt sich bei den Lieferungen über syrisches Territorium quer.
Quelle: Zeitung vum Lëtzebuerger Vollek

dazu auch: **Lüders: Die Sanktionen gegenüber Syrien verhindern schnelle Hilfe**
90 Prozent der Bevölkerung in Syrien leben unterhalb der Armutsgrenze, betont Nahost-Experte Michael Lüders. Damit nötige Hilfe im Erdbebengebiet ankommen könne, müssten alle Sanktionen gegenüber der Region Idlib und ganz Syrien aufgehoben werden.
Quelle: Deutschlandfunk

6. **Blackout bei der Aktienrente – Hallo Journalisten, lebt ihr noch?**

… wer nicht mehr lebt, fragt nicht mehr nach und nachrechnen kann er/sie dann natürlich auch nicht mehr. Unisono meldet die Presse (*): die Aktienrente – neuerdings „Generationenkapital“ betitelt – würde die jungen Generationen entlasten. Sie sei notwendig, um die Kostenexplosion durch die Babyboomer Renten zu bewältigen. Zweifel sind nicht angebracht und Nachfragen scheint sinnlos.
Nicht gestellte Frage Nummer 1: Was ist eigentlich das Babyboomer-Problem in konkreten Zahlen?
Die Antwort, die anscheinend keiner wissen will:
Bis zum Jahr 2038 nimmt die Zahl der zu versorgenden Älteren Jahr für Jahr zu. Nach 2038 nimmt ihre Zahl wieder ab! In den kommenden 15 Jahren steigt die Zahl der Menschen über der Regelaltersgrenze von 17,9 Millionen auf 20,9 Millionen. Das sind pro Jahr im Durchschnitt 200.000 Menschen mehr. Zehn Jahre später, im Jahr 2048, ist die Zahl auf 20,4 Millionen gesunken. Das sind im Durchschnitt pro Jahr 50.000 weniger. Über den langen Zeitraum betrachtet, wirken die Änderungen moderat.
Nicht gestellte Frage Nummer 2: Welche konkreten Mehrkosten entstehen durch die Babyboom-Rentenjahrgänge?
Die Antwort, die anscheinend keiner wissen will:
Bis zum Jahr 2038 müssen für die Rentnerinnen und Rentner im Durchschnitt 3,1 Milliarden Euro pro Jahr mehr aufgewendet werden. Im Jahr 2038 sind es dann rund 47 Milliarden Euro mehr im Vergleich zu heute. Nach 2038 sinkt der Aufwand für die Altersversorgung wieder. Im Jahr 2048 betragen die Mehrkosten gegenüber heute dann 40,7 Milliarden Euro.
Nicht gestellte Frage Nummer 3: Welchen Beitrag leistet die Aktienrente zur Entlastung der steigenden Kosten?
Die Antwort, die anscheinend keiner wissen will:
Die Aktienrente soll bis zum Jahr 2038 folgende Entlastung bringen: 0 Euro. Noch einmal: Null Komma null Euro!
Nach 2038 sollen die sprudelnden Aktiengewinne (dem Himmel sei dann Dank) für Entlastung der Rentenversicherung sorgen. Wie hoch soll die Entlastung ausfallen? Nach Herrn Lindners Aussage 10 Milliarden Euro. Das sind gerade einmal 3 Prozent der Rentenausgaben! Zu einem Zeitpunkt, wo das Problem Babyboomer-Renten wieder von der Bildfläche verschwindet.
Quelle: Renten Zukunft

7. **Berater warnen Habeck vor riskanten “Klimaschutzverträgen”**
   Das Wirtschaftsministerium will deutsche Unternehmen mit Milliarden Euro bei der Transformation zu klimafreundlicher Produktion unterstützen. Die dafür erdachten “Klimaschutzverträge” bergen aber große Risiken, warnen Berater. Da die Kosten immens sein könnten, sollte die Förderung zeitlich begrenzt sein. (…)

In dem Gutachten heißt es, Klimaschutzverträge könnten sehr teuer werden und sollten nur in eng begrenztem Umfang für den Einstieg in klimaneutrale Produktion genutzt werden. Der Staat nehme den Unternehmen, mit denen er einen Vertrag abschließe, einen Teil der Risiken ab, die mit dem Umstieg auf die grüne Produktion verbunden seien. "Da niemand weiß, wie sich die Technologie entwickeln wird und welche Kostensenkungspotenziale in welchen Zeiträumen realisiert werden können, sind die Risiken erheblich."
Klimaschutzverträge könnten zu einer erheblichen Überförderung führen, so der Vorsitzende des Beirats, Klaus Schmidt. Sie könnten den Wettbewerb behindern und die Entwicklung neuer Technologien ausbremsen. Eine teilweise Rückzahlung der Förderung sei zwar theoretisch möglich, praktisch aber kaum zu erwarten. Das bessere Instrument seien "grüne Leitmärkte", weil sie mehr Wettbewerb ermöglichten. "Sie sind technologieoffen und offen für den Marktzutritt neuer Unternehmen, und sie geben starke Anreize für die Weiterentwicklung klimafreundlicher Technologien." Als "grüner Leitmarkt" wird ein staatlich geschaffener oder geförderter Markt für klimaneutral produzierte Grundstoffe definiert, wie etwa "grüner" Stahl.
Quelle: n-tv

dazu: **Habeck will Milliardensubventionen für klimafreundliche Konzerne: Seine Berater warnen vor Unkosten**
Nicht umsonst ist Robert Habeck nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Klimaschutzminister. Doch selbst die Berater des Grünen-Politikers sehen geplante milliardenschwere "Klimaschutzverträge" des Bundes mit Unternehmen kritisch und warnen vor den Risiken – besonders für den ohnehin arg gebeutelten Steuerzahler. In einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschafts- und Klimaschutzministerium heißt es laut einem Bericht von ntv vom Mittwoch, "Klimaschutzverträge könnten beim Einstieg in eine neue Technologie hilfreich sein, um Unternehmen zu veranlassen, diese Technologien erstmals großtechnisch einzusetzen". Übersetzt bedeutet das: Die Abkehr von Kohle, Atomkraft, Erdöl und Erdgas soll mit allen Mitteln erzwungen werden – koste es, was es wolle.
Quelle: RT DE

Anmerkung Christian Reimann: *Der federführende Bundesminister Habeck riskiert unter dem Vorwand der Klimarettung den Wirtschaftsstandort Deutschland. Bitte lesen Sie dazu z.B. auch Baerbock und Habeck: Auftragskiller des deutschen Mittelstandes?*

8. **China lehnt Gespräch mit den USA über den US-Angriff auf chinesisches ziviles Luftschiff ab**
   China hat den Vorschlag der USA für ein Gespräch zwischen den Verteidigungsministern der beiden Länder über das von einem US-Kampfjet abgeschossene chinesische unbemannte Luftschiff abgelehnt. Dies teilte der Sprecher des chinesischen Verteidigungsministers, Tan Kefei, am Donnerstag mit.
   Die US-Seite habe auf der Anwendung von Gewalt beharrt, um das chinesische unbemannte Luftschiff abzuschießen, was einen schweren Verstoß gegen die internationalen Gepflogenheiten darstelle. Dieses unverantwortliche und völlig falsche Vorgehen der US-Seite schaffe keine richtige Atmosphäre für Dialog und Austausch zwischen den beiden Armeen, und aus diesem Grund lehne China den Vorschlag der USA ab, ein Gespräch zwischen den beiden Verteidigungsministern zu führen.
   Das chinesische Außenministerium habe bereits eine öffentliche Erklärung über den Charakter des unbemannten Luftschiffs abgegeben. China behalte sich das Recht vor, weitere notwendige Maßnahmen zu ergreifen, so der Sprecher weiter.
   Quelle: CRI online
9. **VOA: Vier US-Städte gefährlicher für Jugendliche als Kriegsgebiete**
   Die vier großen US-Städte Chicago, Philadelphia, New York City und Los Angeles sind für Jugendliche gefährlicher als Kriegsgebiete. Dies berichtete „Voice of America“ (VOA) am Samstag auf ihrer Webseite.
   Waffengewalt in den Vereinigten Staaten stelle eine ernste Gefahr für Jugendliche dar, so der Beitrag weiter. Städtische Jugendliche in den USA lebten zwar nicht in Kriegsgebieten, aber eine im „Journal of the American Medical Association“ veröffentlichte Studie deute darauf hin, dass einige von ihnen mit alarmierenden Todesraten durch Waffengewalt konfrontiert seien, die sogar die des US-Militärs in den letzten Kriegen überträfen. Die Forscher untersuchten demnach junge Männer in den vier großen US-Städten auf Todesfälle durch Schusswaffen. In einigen Gegenden dieser Städte sei die Mortalität von Männern im Alter von 18 bis 29 Jahren höher als bei US-Soldaten, die in den Kriegen im Irak und in Afghanistan dienten.
   Nach Angaben der US-amerikanischen Centers for Disease Control and Prevention (CDC) hätten Schusswaffen als Todesursache bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den USA die Kraftfahrzeugunfälle übertroffen.
   Quelle: CRI online
10. **Kriegslügen entlarvt, aber ungestraft**
    Am Sonntag war es genau 20 Jahre her, daß ein gewisser Colin Powell in einer in alle Welt live übertragenen Rede im Sicherheitsrat der Organisation der Vereinten Nationen sämtliche Alarmglocken läuten ließ, um die Notwendigkeit eines Krieges der USA gegen den Irak zu »begründen«. (…)

Am 20. März griffen die USA den Irak an, nach Berechnungen unabhängiger Institute kostete dieser Krieg bis zum Jahr 2019 mindestens 300.000 irakische Zivilisten das Leben, manche gehen von bis zu einer Million Toten aus. Der Irak ist bis heute nicht zur Ruhe gekommen, wurde durch den Krieg zu einem der »gescheiterten Staaten« – wie später auch Libyen, Afghanistan, der Jemen, Südsudan… Die angeblich gelagerten oder in der Produktion befindlichen Massenvernichtungswaffen wurden nie gefunden. (…)
Inzwischen wurden die Ausführungen des damaligen Außenministers vor der UNO in New York längst als Lügen entlarvt, die nur dem Zweck dienten, einen Vorwand zu einem Vernichtungskrieg gegen ein Land und gegen einen Staatschef zu liefern, den die USA als »Feind« definiert hatten. (…)
Bemerkenswert ist allerdings, daß die verantwortlichen Politiker bis heute niemals als Kriegsverbrecher eingestuft und vor ein ordentliches Gericht gestellt wurden. Weder Powell, noch Präsident Bush mußte sich jemals für die Zerstörungen und die toten Soldaten und Zivilisten verantworten – auch nicht der heutige Präsident Joe Biden, der damals als Senator für den Staat Delaware allen Entscheidungen für den Krieg gegen den Irak, aber auch für den Krieg in Afghanistan zugestimmt hat, und als Vizepräsident unter Barack Obama mitverantwortlich ist für die Angriffe auf Libyen, die auch zur Folge hatten, daß Waffen und Söldner in die Region südlich von Libyen strömten, die heute noch von unterschiedlichen, zumeist islamistischen Milizen verunsichert wird. Zudem sollte diese Erinnerung uns zu denken geben, wenn auch heute von »Fakten und Schlußfolgerungen« die Rede ist, »die auf solider Geheimdienstarbeit beruhen«.
Quelle: Zeitung vum Lëtzebuerger Vollek

11. **Bundeswehr hat Schwierigkeiten, Personal zu finden: Immer mehr Minderjährige**
So viele waren es noch nie seit der Aussetzung der Wehrpflicht: 1.773 Minderjährige hat die Bundeswehr im Jahr 2022 zum Dienst an der Waffe rekrutiert. Das entspricht 9,4 Prozent aller Rekruten. 2022 rekrutierte die Bundeswehr somit 43 Prozent mehr Minderjährige als im Jahr davor. Die Zahlen gehen aus der Antwort des Bundesministeriums der Verteidigung vom 13. Januar 2023 auf eine Schriftliche Anfrage des Bundestagsabgeordneten Ali Al-Dailami (Partei „Die Linke“) hervor. Der Verteidigungspolitische Sprecher der Linkspartei-Fraktion hält das für eine besorgniserregende Entwicklung: „Für Jugendliche und Heranwachsende ist die Ausbildung im Militär gefährlich und gesundheitsschädigend.“ Das Risiko psychischer Verletzungen sei für minderjährige Rekruten besonders hoch, wie auch die Gefahr sexueller Belästigungen und Übergriffe. Al-Dailami kritisiert, die Bundesregierung halte weiter an „dieser unverantwortlichen Praxis“ fest entgegen einer Aufforderung

des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes, das Mindestalter für Bundeswehr-Rekruten auf 18 Jahre anzuheben.
Quelle: unsere zeit

12. **mRNA-Wirkstoff in Muttermilch: Bedenklich oder Förderung "wirksamer Antikörper gegen Corona"?**
Eine Streitfrage in der Coronakrise lautete, ob der verabreichte mRNA-Wirkstoff in die Muttermilch gelangt. Warnungen zu unbekannten möglichen Auswirkungen des neuartigen Wirkstoffs, auch in Bezug auf geimpfte stillende Mütter, galten als Verschwörungsmythen. Nun heißt es, dass die Milch geimpfter Mütter die Babys explizit schützt. (…)
Zusammenfassend kann gesagt werden, dass aktuelle weltweite Studien ihren Fokus weiterhin alleinig auf potenzielle Antikörper-Reaktionen nach mRNA-Wirkstoff-Impfungen legen, dies in Bezug auf mögliche Folgedynamiken bei stillenden geimpften Müttern und deren Babys. Es existieren demgegenüber noch keine Studien oder Daten zu möglichen, also existierenden Auswirkungen betreffend, ob die über die Muttermilch weitergegebene mRNA "noch aktiv war", also entsprechende Auswirkungen auf den Neugeborenen-Organismus des gestillten Babys ausübte oder mit unbekanntem Zeitfaktor ausführt, also entsprechend "weiterwirkt". Diesbezüglich heißt es im jüngsten mdr-Beitrag:
"Dabei zeigte sich zudem ein interessanter Effekt: In der Muttermilch nahm die Menge der Antikörper zwar im Zeitverlauf ab, allerdings verbesserte sich zugleich ihre Neutralisationsfähigkeit. Es kam also zur Affinitätsreifung der vorhandenen Antikörper, die Kinder wurden so mit immer wirksameren Schutzmolekülen versorgt."
Dadurch könnte sich der mRNA-Wirkstoff als unmittelbarer verantwortlicher Faktor und weiterer "Effekt" für mögliche Auswirkungen auf die Entwicklung eines Kindes, dessen Organe, dessen Blutbild und daraus resultierende Beeinträchtigungen im Wachstum herausstellen. Die mehrheitliche Behauptung, dass mRNA-Wirkstoffe via entsprechender Impfungen vor oder während einer Schwangerschaft keinerlei negative Effekte für Mutter und Kind hervorrufen, bleibt damit weiterhin ein eher theoretisches Argument. Das Robert Koch-Institut informierte am 7. Februar 2023 themenbezogen in einer jüngsten Gesamteinschätzung:
"Jüngst publizierte Daten belegen die Sicherheit der mRNA-Impfung in der Schwangerschaft und zeigen kein erhöhtes Risiko für Aborte, intrauterinen Fruchttod, Frühgeburten und kongenitale Fehlbildungen als Folge der Impfung. Schwangere und ihre ungeborenen Kinder sind durch eine vollständige COVID-19-Impfung (d.h. Grundimmunisierung und 1. Auffrischimpfung) gut vor schweren Krankheitsverläufen und damit auch vor COVID-19-assoziierten Tot- und Frühgeburten geschützt."
Quelle: Bernhard Loyen in RT DE

13. **Rückzug von Bayer-Chef wegen Glyphosat: Milde Strafe für Totalversagen**
    Bayer-Chef Baumann ignorierte Warnungen vor dem Kauf des US-Glyphosat-Herstellers Monsanto. Nun steht Bayer vor der Zerschlagung.
    Werner Baumann hat als Chef des Chemiekonzerns Bayer in vielerlei Beziehung unverantwortlich gehandelt – sowohl wirtschaftlich als auch moralisch. Dass er nun ein Jahr früher gehen muss als geplant, ist eine äußerst milde Strafe.
    Baumann hat ein Desaster bei Bayer angerichtet, indem er die Fusion mit dem US-Pestizid- und Saatguthersteller Monsanto organisiert hat. Er setzte sich über alle Warnungen etwa von Umweltschützern hinweg – und über die Moral, denn Monsanto hat einfach zu viel Dreck am Stecken.
    Die Internationale Agentur für Krebsforschung der Weltgesundheitsorganisation WHO hatte den Wirkstoff Glyphosat der wichtigsten Monsanto-Pestizide bereits 2015 als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Damit war klar, dass auf Monsanto eine Welle von Schadenersatzklagen zurollen wird von Menschen, die ihre Krebserkrankung auf Glyphosat zurückführen. Das Unternehmen sah sich auch mit zahlreichen weiteren Klagen wegen Umweltvergehen konfrontiert.
    Quelle: taz
14. **Größte Arbeitsniederlegung in der Geschichte des britischen Gesundheitsdienstes: So lange, wie es nötig ist**
    Der größte Streik in der Geschichte des britischen Nationalen Gesundheitsdienstes (NHS) soll nicht der letzte sein. „Der ständige Zyklus der landesweiten NHS-Lohnstreiks wird so lange fortgesetzt, wie es nötig ist“, verkündeten die Gewerkschaften am Montag, nachdem zehntausende Gesundheitsbeschäftigte, vor allem aus dem Pflegebereich, die Arbeit niedergelegt hatten. Allein der Berufsverband „Royal College of Nursing“ (RCN), der neben Pflegerinnen und Pflegern unter anderem auch Hebammen vertritt, bestreikte in ihrem 48-Stunden-Streik (…) 73 Gesundheitseinrichtungen in ganz England, und damit 29 mehr als beim Ausstand im Dezember vergangenen Jahres. Ebenfalls im Streik befanden sich die in Unite und GMB organisierten Sanitäter, Ambulanzfahrer und Mitarbeiter der Leitstellen. (…)
    Sunak aber weigert sich, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Höhere Löhne würden nur zu noch höherer Inflation führen, argumentiert er platt mit der Lohn-Preis-Spirale – außerdem seien die Kassen leer und überhaupt sei es sein Job als Premierminister, die Inflation zu halbieren. Da hätten dann schließlich alle was davon. Allerdings wird es „keinen anderen Weg geben, diesen Streik zu beenden“, solange Sunak und Gesundheitsminister Steve Barclay nicht bereit seien, über die Gehälter für die Jahre 2022/23 und nicht nur für 2023/24 zu sprechen, so Unite-Generalsekretärin Sharon Graham. Die Gehaltsverhandlungen für das vergangene Jahr waren von der Regierung verschleppt worden. Vor dem Streik der Physiotherapeuten am Donnerstag

dieser Woche und dem des weiteren Krankenwagenpersonals am Freitag warnten die Gewerkschaftsführer noch einmal eindrücklich davor, die Verhandlungen weiter zu verschleppen und nichts gegen den seit Jahren anhaltenden Lohnverlust zu unternehmen. Nicht die Streiks führten zu einer Gefährdung der Sicherheit der Patienten, sondern die von der Regierung in Kauf genommene Abwanderung der Angestellten im Gesundheitswesen und dessen chronische Unterversorgung.
Quelle: unsere zeit

15. **Sparpreis für 123 Euro? Keine ICE-Fahrt bei der Bahn darf teurer sein als eine Autofahrt**
Bis 2030 soll die Deutsche Bahn doppelt so viele Fahrgäste transportieren, um das Klima zu retten. Das ist allein schon bei den Preisen eine Illusion, meint unser Kolumnist mit Bahncard.
Klar, wir müssten idealerweise mehr Bahn und weniger Auto fahren. Das wäre gut fürs Klima und auch deutlich effizienter, als wenn alle alleine in einer motorisierten Blechkiste über den Asphalt brettern.
Leider macht es uns die Bahn nicht leicht, muss ich als Fernpendler und Stammkunde mit Bahncard gestehen. Was schiefläuft und was die Bahn ändern müsste, schlägt mir persönlich bei jeder Fahrt von Berlin nach Mönchengladbach ins Gesicht.
In Berlin ist meine Arbeit, in Mönchengladbach die Familie, die Fernbeziehung und die einzig wahre Borussia. Mit dem Auto schafft man die Strecke in fünf Stunden, mit der Bahn dauert es länger: von Tür zu Tür mindestens sechs Stunden. Allerdings hat die Bahn auch Vorteile: Die Fahrt ist nicht so anstrengend, sie ist sicherer und ich kann gleichzeitig arbeiten, zum Beispiel diese Kolumne schreiben. In der ersten Klasse bekommt man sogar Service am Sitzplatz, auf Wunsch auch Kaffee und französisches Frühstück. Man kann mal auch günstiger als mit dem Auto fahren, selbst erste Klasse, vorausgesetzt: Man bucht weit im Voraus, nimmt die Züge nicht zu Hauptverkehrszeiten, ist Besitzer wenigstens einer Bahncard 25 und jünger als 27 Jahre. Klingt eigentlich ganz gut, oder?
Nur sieht es in der Praxis anders aus. Das fängt schon beim Ticketpreis an. Je kurzfristiger die Buchung, je beliebter der Zug, je passender die Zeit, desto teurer die Tickets. Wer heute entscheidet, nächsten Freitag um 14 Uhr von Mönchengladbach nach Berlin zu reisen, zahlt mit dem „Super Sparpreis“ für die zweite Klasse 122,90 Euro – ohne Sitzplatz, ohne Service, ohne Stornomöglichkeit, mit Zugbindung. Mit Bahncard sind es 92,15 Euro. Erste Klasse mit Bahncard 25 und „Young-Tarif“: 124,40 Euro. […]
Noch ärgerlicher sind die Mondpreise der Bahn, wenn auf sie kein Verlass ist. Dank Personalmangel sind regelmäßig WCs und Türen defekt, Mülleimer voll oder das Bordbistro nicht besetzt. Das Wlan an Bord funktioniert nur sporadisch, Telefonate

und Videocalls werden alle paar Minuten unterbrochen. Wer zur Entschleunigung mal offline sein will, dem wird es in der Bahn leicht gemacht. Wer kommunizieren muss, braucht Nerven aus Stahl.
Quelle: Maurice Höfgen in der Berliner Zeitung